



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Verhandlungen zwischen dem Senat und der Bürgerschaft / Senat der Freien Hansestadt Bremen ; Bürgerschaft Bremen 1928

10.07.1928 - Mitteilung des Senats

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

7. Antrag: Unterkunftsräume auf Bahnhof Inlandshafen.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, folgenden Antrag der zuständigen Behörde zum Bericht zu überweisen:

„Die Bürgerschaft beschließt: Die Unterkunftsräume der Arbeiter und Lokomotivführer im Inlandshafen werden sofort erneuert und zwar mit Badegelegenheit.“

8. Antrag: Klosettanlagen im Hafengebiet.

Antrag: Unterkunftsräume für Arbeiter in den Häfen.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, folgende Anträge der Deputation für Häfen und Eisenbahnen zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen:

- 1) „Die Bürgerschaft beschließt: Die Klosettanlagen im Hafengelände werden erneuert.“
- 2) „Die Bürgerschaft beschließt: In jedem Schuppen sind geeignete Unterkunftsräume für Arbeiter einzurichten sowie verschließbare Schränke zum Ablegen der Kleider.“

Berichtigung. In den Beschlüssen der Bürgerschaft vom 23. Juni (Verhdign. S. 176) XII. Vermischte Ausgaben. 7. Kleinere Ausgaben (Einzelplan 109) muß es statt „**staatlichen** Bildungsanstalten“ heißen: „**staatlichen oder kommunalen** Bildungsanstalten.“

Mitteilung des Senats

vom 10. Juli 1928.

Ordentlicher Haushalt für das Rechnungsjahr 1928.

Wie seine Kommissare dem Senat berichtet haben, hat sich die Finanzdeputation zu den Beschlüssen, welche die Bürgerschaft zu dem Haushaltsplan 1928 gefaßt hatte, und zu denen die Finanzdeputation gemäß § 62 Abs. 4 der Verfassung Stellung zu nehmen hatte, folgendermaßen geäußert:

1) Im Einzelplan 3, Rathausverwaltung, hat die Bürgerschaft beschlossen, die Besichtigung des Rathauses und die Führung für alle bremischen Schulen und für alle anerkannten Jugendpflegeverbände kostenlos erfolgen zu lassen.

Die Finanzdeputation hat gegen diesen Beschluß gemäß § 62 Abs. 4 der Verfassung insoweit Bedenken erhoben, als auch das neue Rathaus kostenlos besichtigt werden soll. Nach Meinung der Finanzdeputation besitzt das neue Rathaus noch keine historische Bedeutung, sondern wirkt vielmehr durch seine reiche, zum Teil künstlerische Ausstattung; bei sehr großen Besuchercharen würden die Einrichtungen des neuen Hauses zweifellos leiden und dadurch erhebliche neue Kosten an Unterhaltung entstehen. Eine kostenlose Besichtigung ist daher nicht am Platze. Dagegen sind keine Bedenken zu erheben, daß das alte Rathaus, als ehrwürdige Stätte von größter historischer Bedeutung, von den Schulen und anerkannten Jugendpflegeverbänden gebührenfrei besichtigt werde und zwar müsse dies aus Billigkeitsgründen sowohl für die bremischen als auch die auswärtigen Schulen gelten. Für die Besichtigung des neuen Rathauses durch bremische und auswärtige Schulen und anerkannte Jugendpflegeverbände soll von jedem Teilnehmer eine Gebühr von 15 *Apf* entrichtet werden.

2) Im Einzelplan 15, Feuerwehr, hat die Bürgerschaft beschlossen, die Position 3, Krankentransportgebühren usw. 40 000 *R.M.* zu streichen.

Die Finanzdeputation hat gegen diesen Beschluß gemäß § 62 Abs. 4 der Verfassung Bedenken erhoben, weil, wie die Finanzdeputation bereits zum Ordentlichen Haushalt für das Rechnungsjahr 1927 ausgeführt hatte, in Fällen von Bedürftigkeit die Transportgebühren bereits in weitgehendstem Maße erlassen wurden. Im Rechnungsjahre 1927 ist dies in 1752 Fällen geschehen. Es liegt daher kein berechtigter Grund vor, auch leistungsfähige Personen, die die Gebühren unschwer tragen können, von der Zahlung zu befreien.

Eine völlig gebührenfreie Ausführung der Krankentransporte würde nach Ansicht der Finanzdeputation die Wirkung haben, daß die Wagen ohne triftigen Grund in Anspruch genommen werden würden und dadurch die Zahl der Beförderungen so vermehrt werden würde, daß mit dem vorhandenen Wagenbestand nicht auszukommen wäre.

Der Senat tritt diesen Ausführungen bei.

Beschlüsse der Bürgerschaft

vom 13. Juli 1928.

1. Verstärkung der Columbusmauer.

Die Bürgerschaft stimmt dem Antrage der Deputation für Häfen und Eisenbahnen (Verhdlgn. S. 186) zu.

2. Antrag: Brautstraßenbrücke.

Die Bürgerschaft nimmt den Bericht (Verhdlgn. S. 189) dankend entgegen.

Sie ersucht den Senat, die Baudeputation anzuweisen, die Brautstraßenbrücke so instand zu setzen, daß sie noch für längere Jahre den normalen Verkehr (mit Ausschluß des schweren Kraftwagenverkehrs) bewältigen kann. Sie ersucht ferner den Senat, die dafür erforderliche Summe unter außerordentliche Ausgaben für den Haushalt 1928 einzustellen.

3. Bananenumschlagsanlage in Bremerhaven.

Die Bürgerschaft erteilt dem Antrage der Deputation für Häfen und Eisenbahnen (Verhdlgn. S. 191) ihre Zustimmung.

4. Wörperegulierung.

Die Bürgerschaft stimmt der Vorlage (Verhdlgn. S. 191) zu.

5. Vergrößerung des Telefonhäuschens des Bremer Droschken-Vereins auf dem Bahnhofsplatz.

Die Bürgerschaft erteilt dem Antrage des Senats (Verhdlgn. S. 192) ihre Zustimmung.

6. Erwerb eines Grundstücks an der Leher Heerstraße zur Errichtung einer Polizeiwache in Horn-Lehe.

Die Bürgerschaft stimmt der Vorlage (Verhdlgn. S. 192) zu.